BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 218 - 2. Oktober 2020

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

morgen, am 3. Oktober 2020, feiern wir 30 Jahre Deutsche Einheit. Das ist in der Tat ein Grund zu feiern. Viele - gerade in Westdeutschland - hatten sich schon vom Ziel der Einheit verabschiedet. Mit ihrem Drang zur Freiheit und in einer friedlichen Revolution haben die Ostdeutschen das SED-Regime überwunden und den Weg zur Vereinigung geebnet, den Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit, mit der Union erfolgreich begleitet und geprägt hat.

Natürlich: Nicht alles ist perfekt gelaufen und wir sind auch noch nicht am Ende dieses langen Prozesses der Zusammenführung. Und doch dürfen wir mit Stolz auf die letzten 30 Jahre in Frieden und Freiheit zurückschauen!

In diesem Jahr finden die offiziellen Feierlichkeiten in Potsdam statt. In der Innenstadt ist schon seit einigen Wochen eine Ausstellung zu sehen, bei der sich alle Bundesländer und die Bundesinstitutionen präsentieren. Auf das geplante Volksfest musste verzichtet werden. Leider wird auch der Festakt zum 30. Jubiläum wesentlich kleiner und ruhiger ausfallen, als es geplant war. Die Corona-Pandemie macht auch vor dem Tag der Deutschen Einheit nicht halt.

Ein Festtag für ganz Deutschland ist er aber dennoch!

Herzlichst Ihr Patrick Schnieder

Haushalt für 2021 in erster Beratung

Die erste Beratung des Bundeshaushaltes für das kommende Jahr 2021 führt die außergewöhnliche Lage, die wir derzeit durch die Pandemie erleben, noch einmal ganz konkret vor Augen. Die Einschnitte, die wir erleben, schlagen direkt durch auf die Steuereinnahmen. Gleichzeitig wollen und müssen wir die Mittel klug einsetzen, um die Krise auch gut zu überstehen. Für das kommende Jahr wird deshalb erneut eine hohe Nettokreditaufnahme und damit die Anwendung der Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse erforderlich sein. Nach aktuellem Stand wird sich die Nettokreditaufnahme auf 96,2 Mrd. Euro belaufen.

Ab 2022 müssen wir - dafür steht die Union - wieder zu finanzpolitischer Solidität zurückkehren. Die Ausnahme von der Schuldenbremse in diesem und im nächsten Jahr sind erforderlich. Danach peilen wir wieder die schwarze Null im Haushalt an.

Umso wichtiger sind jetzt die richtigen Prioritäten. Es gab noch nie so viel Geld für Zu-kunfts- und Digitalisierungsprojekte wie aktuell. Wir sollten diese Chance gemeinsam nutzen, um Schub zu kriegen für die Technologien von morgen. Das reicht von digitaler Bildung über zusätzliche Investitionen in Künstliche Intelligenz und moderne Kommunikationstechnologien bis zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen. Unser Motto für die kommenden Monate lautet: Umsetzen, umsetzen, umsetzen.

Video: Patrick Schnieder zum Bundeshaushalt: https://youtu.be/nQmlM20M27w

Einzelne Schlaglichter des Haushaltes:

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Die Verkehrsausgaben sinken im Entwurf der Bundesregierung gegenüber 2020 um 7,3 % auf knapp 34,1 Mrd. Euro. Trotz dieses Ausgabenrückgangs steigen die klassischen Verkehrsinvestitionen (der Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße) 2021 auf rund 18,6 Mrd. Euro. Mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket werden unter anderem die Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger erhöht.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Der Haushaltsentwurf sieht für den Bereich Landwirtschaft 7,7 Mrd. Euro vor, was einen Ausgabenanstieg um knapp 9,2 % im Vergleich zum Jahr 2020 bedeutet. Den Schwerpunkt bildet dabei weiterhin die Förderung des eigenständigen agrar-sozialen Sicherungssystems. Hierfür stehen 4,2 Mrd. Euro zur Verfügung; darin enthalten sind 177 Mio. Euro Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sind 1,16 Mrd. Euro vorgesehen. Enthalten sind hier auch Mittel zur Verbesserung des Tierwohls sowie für die Bewältigung der durch Extremwetterlagen verursachten Waldschäden und den klimagerechten Waldumbau. Allein die Konjunkturmaßnahmen Wald und Holz belaufen sich auf 470 Mio. Euro. Zusätzlich wird 2021 mit dem Investitions- und Zukunftsprogramm der Transformationsprozess in der Landwirtschaft in Folge der Änderung der novellierten Düngemittelverordnung mit 250 Mio. Euro unterstützt (bis 2024 insgesamt 1 Mrd. Euro).

Bundesministerium der Verteidigung

Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht für 2021 einen Ausgabenzuwachs in Höhe von 2,6 % auf 46,8 Mrd. Euro vor. Allein rund 1,2 Mrd. Euro stehen aus dem Konjunkturpaket für vorgezogene Investitionen zur Stärkung der Wirtschaft und zum Aufbau eines Zentrums für Digitalisierung und Technologieforschung zur Verfügung. Mit den geplanten Investitionen sollen dem aktuellen Bedarf in den Bereichen Rüstungsbeschaffung und Digitalisierung Rechnung getragen und gleichzeitig bestimmte Großvorhaben zum Schließen

von Fähigkeitslücken vorangebracht werden. Die Bundesregierung bekennt sich damit zu ihren Verpflichtungen gegenüber der NATO und innerhalb der Europäischen Union. Die Mittelansätze für Auslandseinsätze der Bundeswehr werden auf hohem Niveau fortgeschrieben.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Für das Ministerium ist 2021 ein Ausgabenrahmen von knapp 18,3 Mrd. Euro vorgesehen. Gegenüber 2020 ist dies ein Anstieg um knapp 16,8 % oder rund 2,6 Mrd. Euro. Allein im Bereich der Inneren Sicherheit steigen die Mittel im Jahr 2021 auf rund 6,9 Mrd. Euro. Darin enthalten sind Mittel für die vierte und letzte Tranche der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes. Für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden im Jahr 2021 als Teil des Konjunkturpakets 1,4 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im Baubereich steigt der Ansatz für das Wohngeld im Jahr 2021 um 140 Mio. Euro auf 735 Mio. Euro. Für das Baukindergeld sind für das kommende Jahr knapp 900 Mio. Euro vorgesehen. Zudem stehen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 2021 bis 2024 jeweils 1 Mrd. Euro Finanzhilfen für die Länder zur Verfügung.

Bundeskanzlerin Merkel zur aktuellen Pandemie-Lage

"Wir müssen reden!", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch im Deutschen Bundestag. Einen Teil ihrer Rede zum Bundeshaushalt hat sie genutzt, um sich zur aktuellen Lage in der Corona-Pandemie an alle Bürgerinnen und Bürger zu wenden. Ich bitte Sie, sich die gut acht Minuten Zeit zu nehmen.

Quelle: Deutscher Bundestag

Video Bundeskanzlerin Merkel: https://youtu.be/emIYATiukho

Landkreis Bernkastel-Wittlich ist "Smarte.Land.Region"

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich hat sich im Bundeswettbewerb "Smarte.Land.Regionen" durchgesetzt und ist nun eine von deutschlandweit sieben digitalen Modellregionen. Das sind tolle Nachrichten für die Region. Der Bund unterstützt den Landkreis in den kommenden vier Jahren mit einer Millionen Euro bei der Umsetzung digitaler Lösungen.

Das Modellvorhaben "Smarte.Land.Regionen" des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fördert mit insgesamt 25 Millionen Euro die Umsetzung innovativer Ideen zur Digitalisierung in ländlichen Regionen. Konkret geht es um die Entwicklung digitaler Dienste, die den Alltag der Bevölkerung in ländlichen Regionen erleichtern. Das können Apps für flexible Ruf-Bus-Systeme sein oder die Förderung von Video-Sprechstunden in der Gesundheitsversorgung. Als digitale Modellregion eröffnen sich für den Landkreis neue Möglichkeiten, die Daseinsvorsorge vor Ort zu stärken.

Bereits im Mai diesen Jahres hatte es der Landkreis Bernkastel-Wittlich in die Vorauswahl der 22 besten Bewerber geschafft. Eine unabhängige Fachjury hat den Landkreis Bernkastel-Wittlich nun zur "Smarten.Land.Region" gekürt. Insgesamt haben sich 68 Landkreise als "Smarte.Land.Region" beworben. Bei der Umsetzung seiner Ideen erhält der Landkreis Unterstützung von Experten des Fraunhofer-Instituts für Experimentelle Software Entwicklung (IESE) Kaiserslautern und des Kompetenzzentrums Ländliche Entwicklung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

Impressionen

Höhr-Grenzhausen: Im Keramikmuseum Westerwald in Höhr-Grenzhausen durfte ich als Vorsitzender der BeNeLux-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag mit dem Generalkonsul der Niederlande Peter Schuurman die Ausstellung "Hollandgänger - Westerwälder Steinzeug für den niederländischen Markt" eröffnen. Eine tolle Ausstellung! Der Besuch lohnt sich. Mit dabei war der Westerwälder Wahlkreisabgeordnete Dr. Andreas Nick.

Gerolstein: Interessanter Austausch mit Gerolsteiner über die Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens. Die Mineralbrunnen in Deutschland zeigen - trotz Corona-Krise - starkes Engagement, um umweltschonend zu arbeiten und tragen so mit dazu bei, dass Deutschland auf dem Gebiet der Kreislaufwirtschaft international führend ist. Kampagnen wie die des SPD-geführten Umweltministeriums, die das Lebensmittel "Mineralwasser" schlecht machen und dazu aufrufen, mehr Leitungswasser zu trinken sind daher kontraproduktiv. Sie schaden vor allem den ländlichen Regionen, die die Mineralbrunnen mit zahlreichen guten Arbeitsplätzen stärken.

Arzfeld: Letzte Woche hat die DRK-Rettungswache Arzfeld ihren neuen Rettungswagen offiziell in Dienst genommen. Der Rettungstransportwagen (RTW) entspricht dem Stand der Technik und bringt sowohl für Patienten wie auch für die Einsatzkräfte Verbesserungen mit. Dem Fahrzeug und allen Insassen allzeit gute Fahrt!

Daun: Gemeinsam mit Gordon Schnieder MdL war ich zu Gast bei der Polizeiinspektion Daun: Wir hatten gute Gespräche mit den Polizistinnen und Polizisten. Danke für Euren Dienst! Ihr habt den Rückhalt der Gesellschaft und der Politik verdient. Meinen habt Ihr.

Jünkerath: In Jünkerath habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen und Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesundheit, Erwin Rüddel MdB, die Land-WG der Promedica Plus besucht.

Kelberg: Ebenfalls mit Erwin Rüddel war ich zu Gast bei der Kelberger Firma Becton Dickinson Rowa Germany GmbH. Es war ein gutes Gespräch und ein wertvoller Austausch!

Gerolstein: Gemeinsam mit Gordon Schnieder MdL habe ich mich beim Besuch der Westeifel Werke - gemeinnützige GmbH über die aktuellen Anliegen von Menschen mit Behinderung informiert. Denn die Corona-Krise hat auch Menschen mit Behinderung stark getroffen. Zeitweise mussten die Werkstätten komplett schließen, was für die Beschäftigten sowohl mit einer großen emotionalen Belastung als auch mit finanziellen Einbußen

verbunden war. Der Bund hat Mittel bereitgestellt, um die Gehaltseinbußen zumindest teilweise zu kompensieren. Zwischenzeitlich konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden und dank der guten Umsetzung der Schutzmaßnahmen durch Geschäftsführung und Mitarbeiter sind die Westeifel Werke vergleichsweise gut durch die Krise gekommen.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1 I 11011 Berlin
patrick.schnieder@bundestag.de

Tel.: 030 / 227 71887